

den Besitzern Saatgetreide zu liefern. Eine Folge der Ablehnung der Vergünstigung sei es, dass in Pommern viele Aecker unbestellt geblieben seien. In einer Zeit, wo gleichzeitig der Zollschutz gemindert sei, müsse die Landwirtschaft um so bedenkllicher in die Zukunft blicken.

Minister Thielen kann nicht anerkennen, dass die Regierung hier unrichtig gehandelt habe. Ein öffentlicher Nothstand sei nach Ansicht des Landwirtschaftsministers nicht vorhanden gewesen, deshalb habe kein Grund vorgelegen, eine Unterstützung aus Staatsmitteln zu gewähren. FISCALISCHE RÜCKSICHTEN HÄTTEN GARNICHT MITGESprochen, dazu ist das Object zu gering gewesen.

Abg. Stengel (freicons.) spricht sich gegen die Staffeltarife aus, die als dauernde Einrichtung nicht aufrecht zu erhalten sein würden. Auch der Landeseisenbahnrat habe sich in diesem Sinne ausgesprochen. Ferner wüsche er eine gleichmässige Normirung der Expeditions-Gebühren in den westlichen und östlichen Provinzen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus seien die Staffeltarife durchaus verwerflich, denn sie hätten eine frappante Aehnlichkeit mit den Differentialtarifen der früheren Privatbahnen, die man glücklich überwinden zu haben glaubte.

Abg. Seer (natl.) bittet wenigstens eine ehrliche Probe mit den Staffeltarifen zu machen. Ein abschliessendes Urtheil sei heute noch nicht möglich.

Abg. von Puttkamer-Plauth (cons.) befürwortet die Aufrechterhaltung der Staffeltarife. Von einer Aehnlichkeit dieser mit den Differentialtarifen könne nicht die Rede sein. Für den Osten bewährten sich die Staffeltarife durchaus. Die Gegner der Staffeltarife befürworteten doch selber Ausnahmetarife für Kohlen. Er wolle einer solchen Tarifiermässigung nicht entgegenstehen, aber was dem einen recht sei, sei dem anderen billig. Solange wir nicht zur Aufhebung des Identitätsnachweises gelangten, müssten die Staffeltarife aufrecht erhalten werden.

Abg. Broemel (dfr.) erklärt den Ansatz der Einnahmen aus dem Güterverkehr für viel zu hoch gegriffen. Nach den Verkehrsergebnissen des Vorjahres sei die hohe Einnahmeziffer nicht zu rechtfertigen. Sodann wendet sich Redner zu der Frage der Kohlenringe und weist auf die Beeinträchtigungen hin, die nicht nur die Eisenbahnen, sondern auch die gesammte heimische Industrie durch die von der Coalition künstlich hochgehaltenen Kohlenpreise erlitten. Der Bericht der Handelskammer in Siegen bezeichne diesen Zustand als eine Calamität ersten Ranges. Besonders zu betonen sei, dass die Werke an das Ausland zu billigeren Preisen lieferten. Dadurch werde der Deutschen Eisenindustrie und den Deutschen Hüttenwerken die Concurrenz erschwert, eine Thatsache, die dazu beitrage, den Rückgang der Deutschen Eisenindustrie zu erklären. Auch der Wagenmangel sei zum Theil dadurch zu erklären, dass grosse geschlossene Züge nach dem Auslande und nach den Seehäfen beständig mit Kohlen gingen. Die Tarifpolitik der Staatsbahnverwaltung begünstige diesen Zustand. Würde derselbe aufrechterhalten, dann mache sich die Regierung mitschuldig an den Folgen, die für die Industrie und das ganze Land eintreten könnten.

Abg. Herold (Centr.) erklärt sich gegen die Beibehaltung der Staffeltarife, durch welche die westlichen Provinzen schwer geschädigt würden. Höre man die Herren aus den östlichen Provinzen, so müsse man glauben, im Westen gehe alles gut. Aber die Landwirtschaft des Westens habe mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die des Ostens.

Abg. Dr. Schultz (Bochum, natlib.) vertheidigt das Verfahren der Kohlenwerke. Wenn dieselben nach einer Reihe von schlechten Jahren die Preise auf einer angemessenen Höhe zu halten suchten, so sei das natürlich. Dass nach dem Auslande billiger verkauft wurde, komme auch in England vor. Beseitigte man die Ausnahmetarife für Kohlen, so würden unsere Werke mit den Englischen nicht mehr concurren können und die Production müsste verringert werden.

Abg. Broemel (dfr.) bemerkt, dass er nur über die einseitige Begünstigung des Exports geklagt habe.

Minister Thielen: Die Tarifiermässigungen sind nicht im Interesse des Auslands bewilligt, sondern zu Gunsten unserer Consumenten, vor allem der Küstenbevölkerung. Die Begünstigungen sind auch sehr gering und kommen bei der Preisbildung so gut wie garnicht in Betracht. Die Cokesproduction ist zudem eine so bedeutende geworden, dass im Inlande nicht Absatz genug zu finden wäre, oder man müsste die Production einschränken. Bezüglich der Staffeltarife kann ich darauf hinweisen, dass die Ansichten über dieselben noch sehr schwankend sind. Die Regierung selbst ist noch nicht darüber einig, ob dieselben beizubehalten und auszuweiten oder aufzuheben seien. Die Frage muss aber gründlich geprüft werden, und wir werden dem Landeseisenbahnrat bei seinem Zusammentreten im Frühjahr auch diese Frage

unterbreiten. Damit schliesst die Discussion. Der Titel wird bewilligt; ebenso der Rest der Einnahmen. (Schluss des Blattes.)

— Hofnachrichten. Während der heutigen Morgenstunden arbeitete der Kaiser allein. Demnächst empfing derselbe den Chef des Generalstabes der Armee, Generalleutnant Graf von Schlieffen II, arbeitete sodann längere Zeit mit dem Chef des Militär-Cabinetts, General von Hahnke und nahm Mittags um 1 Uhr militärische Meldungen entgegen.

— In der am 18. d. M. unter dem Vorsitz des Staatssecretärs Dr. von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde über mehrere auf die Ausführung, Abänderung und Ausdehnung der Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzgebung gerichtete Eingaben Beschluss gefasst. An neuen Vorlagen sind eingegangen: Entwürfe zu Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken, in Glashütten und in Cichorienfabriken, ein Entwurf zu Bestimmungen über die Beschäftigungen von Arbeitern auf den Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken und auf Cokereien im Regierungsbezirk Oppeln, eine Vorlage wegen Ergänzung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes, der Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen und das Regulativ für die Errichtung einer Commission für Arbeiterstatistik. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Entwürfe wurde Bestimmung getroffen. Die Resolution wurde wegen Revision des Reglements in Betreff der Vergütung für Reisekosten der Beamten und Officiere wurde dem Reichskanzler überwiesen. Dem Antrage des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Anwendung des Reichsstempelabgabengesetzes in Bezug auf Lotterielose, ertheilte die Versammlung die Zustimmung und erklärte sich mit dem Vorschlage des Reichskanzlers wegen Wiederbesetzung einer Stelle beim Rechnungshof einverstanden.

— In der Budgetcommission des Reichstages wurde heute die Berathung des Extraordinariums des Marineetat's fortgesetzt. Zum Bau der Kreuzercorvette „H.“ wurde die 5. Rate, 1 000 000 M., bewilligt, ebenso die 4. Rate für das Panzerschiff „Brandenburg“ in Höhe von 3 350 000 M. — Für das Panzerschiff „B.“ wurden als 4. Rate statt der geforderten 1 800 000 M., dem Antrage des Referenten v. Koszielski entsprechend, nur 1 000 000 M. bewilligt; zum Bau des Panzerschiffs C statt 1 500 000 ebenfalls nur 1 000 000, für das Panzerschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ statt 2 nur eine Million. Für die Panzerfahrzeuge „Fritzhof“ (Q) und R, für den Kreuzer E, und zum Bau eines Avisos für grössere Commandoverbände, wurden die geforderten Schlussraten von 600 000 M., 1 200 000 M., 350 000 M. und 1 500 000 M. voll bewilligt, nachdem die Referenten v. Koszielski und Fritzen hier gestern gestellten Anträge auf theilweise Streichung zurückgezogen, da Staatssecretär Hollmann erklärte, dass bestimmte Aussicht bestelhe, die geforderten Summen würden in diesem Jahre verbraucht werden, und da diese Schiffe zum Schutze des Nord-Ostseechannels und der Elbmündung notwendig sind. Auch für die Panzerfahrzeuge S und U wurden geforderte je 1 500 000 M. genehmigt. Zur Herstellung von Torpedobooten wurde die zweite Rate von 1 080 000 M. bewilligt; über eine neue Rate von 2 200 000 M. wurde die Beschlussfassung einstweilen ausgesetzt. Zum Bau der Kreuzer-Corvette J, werden als 2. Rate 500 000 M. gefordert, ferner erste Baukosten von 2 000 000 M., dreimalige 1 500 000 M. für 4 Panzer-Corvetten K, T, V, W; schliesslich 750 000 M. für den Kreuzer F und 1 200 000 M. für das Aviso H. — Correspondent Fritzen beantragt, die zweite Rate der Kreuzer-Corvette J mit 500 000 M. zu streichen, weil noch Bestände aus dem Vorjahr von über 1 Million vorhanden seien, sodann die erste Rate der Kreuzer-Corvette K, des Kreuzers F, des Avisos H und des Panzers W zu streichen, dagegen die ersten Raten für die Panzerfahrzeuge T und U zu bewilligen. Als Grund führt er an, dass die Panzerfahrzeuge wesentlich Defensivzwecken dienen, ihr Typus vollständig feststehende und von den 4 für die Ostsee bestimmten Schiffen dieser Art noch keines bewilligt sei. Ueber den Typus der Kreuzerfahrzeuge dagegen herrsche noch Unsicherheit, sie dienten auch nicht zu Defensivzwecken, sondern für den politischen Dienst und den Kreuzerrieg. Staatssecretär Hollmann führt aus, es sei ein Unterschied zwischen sogenannten stationären Schiffen und Schiffen auf Stationen. Bezüglich der Kreuzer-Corvette J lägen übrigens auch contractliche Verbindlichkeiten vor. Referent v. Koszielski beantragt nun, diese letztere zu bewilligen, dagegen für die Kreuzer-Corvette K statt 2 nur 1 Million zu genehmigen, bei den 3 Panzerfahrzeugen von den dreimal geforderten 12 Millionen je 600 000 M., ebenso die 750 000 M. für den Kreuzer F zu

zu streichen. — Eine längere Debatte entspinnt sich über eine Bemerkung des Abg. von Koszielski, dass er durch Fraktionsbeschluss gebunden sei, beziehungsweise dass die Fraktion seinen Anträgen beigetreten sei. Abg. Debesen (nl.) regt besseren Schutz, bezw. Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See an. Abg. Dr. Barth (dfr.) schliesst sich gegen diese Ausführungen an. (dfr.) schliesst sich gegen jeden Neubau in diesem Jahre aus finanziellen Gründen und weil Aenderungen der Constructionen ihm nicht ausgeschlossen scheinen. Dazu komme die Rücksicht auf die Vermehrung des Mannschafsstandes und des Officiercorps. Letztere sei besonders schwierig und Schiffe nützlich nichts ohne Officiere und Mannschaften. Er bestreite den Werth des Kreuzer-Corvetten für die Vertheidigung, er sei nur secundär oder gar tertiär. — Hierauf trat eine Pause in den Berathungen ein.

— Der Gesetzentwurf, betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, ist gestern Abend von der mit der Vorberathung beauftragten Commission des Abgeordnetenhauses mit wenigen unwesentlichen Abänderungen angenommen worden.

— In Württemberg hat die „Deutsche Partei“, welche ausser den Nationalliberalen auch alle gemässigten Elemente von rechts und links umfasst, ein neues Programm aufgestellt. Die Deutsche Partei, welche seit ihrer Gründung die nationale Erhaltung, Festigung und weitere Entwicklung des Deutschen Reiches, seines Rechts- und Wirtschaftslebens im nationalen und liberalen Sinne, als ihre Aufgabe betrachtet. Die Deutsche Partei verlangt Diäten für die Reichstagsabgeordneten, wünscht die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und fordert eine Reform des Militärstrafverfahrens nach dem Grundsatz der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit. Die Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist gesetzlich zu regeln. Den Grundsatz religiöser Duldung, sowie der Unabhängigkeit aller staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis wird die Deutsche Partei von keiner Seite antastet lassen. Sie ist auch gegen Zulassung der Jesuiten und der katholischen Männerorden. Die Partei ist für Fortsetzung einer besonnenen Colonialpolitik und für Festhalten an dem staatlichen Charakter der Schule. Man darf gespannt sein, ob der Entwurf in allen Punkten Annahme finden wird und ob die ganze, auch gemässigt-conservative Elemente umfassende „Deutsche Partei“ sich zu ihm bekennen wird. Bei uns darf das Programm bei allen Vaterlandsfreunden auf rückhaltlose Zustimmung rechnen.

— Die durch Verrath in der socialdemokratischen Presse zum Abdruck gelangten militärischen Erlasse vertraulicher Art haben zwar, entgegen der Ansicht der Verräther, den besten Eindruck gemacht, weil aus ihnen hervorging, wie ernst es den Commandeuren um Beseitigung der Missstände zu thun ist — in dessen darf nicht geleugnet werden, dass es zu den unerfreulichsten Unzuträglichkeiten führen kann, wenn militärische Geheimnisse nicht mehr mit dem ganzen Einsatz von Vaterlandstreue gewahrt werden. Es ist darum lebhaft zu beglücken, dass sich der Bundesrath in seiner letzten Plenarsitzung mit dem Antrage der drei Ausschüsse für Landesvertheidigung, Marine und Justiz über Bestimmungen gegen den Verrath militärischer Geheimnisse beschäftigt hat. In unrichtigen Kreisen nimmt man an, dass dem Reichstag die betreffende Materie in aller nächster Zeit zugehen werde und dass er sich noch in dieser Session mit der Angelegenheit zu befassen haben wird.

— Unter offischem Zeichen schreibt der „Hannov. Courier“: Durch verschiedene Blätter dieser Tage Mittheilungen über Verhandlungen der Preussischen Regierung mit dem Herzoge von Braunschweig, die den tatsächlichen Verhältnissen in wesentlichen Punkten nicht entsprechen. Nach den uns zu Gebote stehenden Nachrichten ist anzunehmen: 1) dass die Verhandlungen die Thronfolge in Braunschweig überall nicht zum Gegenstand haben; 2) dass dieselben sich nur auf die privatrechtlichen Ansprüche des Herzogs, welche der Beschlagnahme unterstehe, beziehen; 3) dass anscheinend begründete Aussicht auf günstigen Verlauf der ad 2 erwähnten Verhandlungen vorhanden ist. Erfüllt sich diese Aussicht, so würde in dem angeklagten Wellenfondgesetz die Aufhebung des Beschlagnahmengesetzes beantragt werden.

— Nach den letzten Nachrichten aus Paris hat Präsident Carnot das wiederholte Entlassungsgesuch des Cabinet's angenommen. Der Präsident hat die Präsidenten der Kammer und des Senats zu sich berufen, um mit ihnen die demnächst zu thuenen Schritte zu berathen, aber man würde sicher fehlgehen, wenn man hieraus schliessen wollte, Herr Floquet hätte irgend welche Aussicht, bei der Neubildung des Cabinet's berücksichtigt zu werden. Die aus den verschiedensten Gruppen zusammengesetzte Mehrheit, welche den Sturz des Ministre-